

Die Augen der Justiz

Dieser Beitrag hat nicht das Ziel wissenschaftliche Betrachtungen zur Justizgeschichte anzustellen. Er soll das Sehen der Augen der politischen Justiz in der deutschen Gesellschaft aus meiner Sicht beschreiben.

Wie sehe ich die deutsche politische Justiz und ihre gesellschaftliche Einordnung?

Justiz ist ein Bestandteil der Gesellschaft. Ich gehe von meiner grundsätzlich gemachten praktischen Erfahrung aus, dass es keine neutrale, unabhängige Justiz gibt. Sie steht immer unter dem Primat der Politik. Deren Inhalt wird von der herrschenden Macht in der Gesellschaft bestimmt. Das gilt für jede Gesellschaftsordnung. Wie die Augen der Justiz Vorgänge in der Gesellschaft sehen sollen wird von der herrschenden Macht bestimmt.

Für das Zusammenleben der Menschen in der Gesellschaft werden Gesetze geschrieben und Menschen die Richter, Staatsanwälte, Verteidiger genannt werden, bestimmt, die deren Einhaltung bei Verstößen gegen diese Gesetze beurteilen. Diese Gesetze, wie auch Richter, Staatsanwälte, Verteidiger haben subjektiven Charakter. Sie beinhalten Verhaltensweisen, wie sie von der herrschenden Macht in der Gesellschaft gewünscht werden. Ausnahmen bestätigen wie immer die Regel.

Ein Apfel fällt immer vom Baum auf die Erde, nie Richtung Himmel. Das ist objektiv bedingt. Man spricht dann von Gravitation, Masseanziehung. Von objektivem Charakter. Diese kann der Mensch nicht beeinflussen, Justizgesetze dagegen nach dem Motto: Wie hätten sie's denn gern.

Der Mensch kann Naturgesetze kurzzeitig überwinden, aber nicht verändern. Sie sind immer unveränderbar gegenwärtig.

Das Gegenteil sind Justizgesetze, ebenso das Grundgesetz der BRD. Beim Grundgesetz bedarf es allerdings zur Änderung der Zustimmung des Bundestages.

Justizgesetze sind immer so geschrieben, dass sie der gesellschaftlichen Macht, die sie geschrieben hat und ihrer Machterhaltung dienen. Ebenso die Gerichte.

Sie sind rein subjektiver Natur. Die Rede von ihrer objektiven „Unabhängigkeit“ im Staatsgefüge, ist dümmlisches Geschwätz. Die Rede von der persönlichen Verantwortung eines jeden Menschen ist kein Geschwätz.

In jeder Gesellschaftsordnung bestimmen die Kräfte, die die Macht haben, die Gesetze und ihre Auslegung. Die Gretchenfrage ist dabei immer – sind Bodenschätze und Daseinsfürsorge in Privathand oder im gesamtgesellschaftlichen Besitz? DDR und BRD bildeten keine Ausnahme. Jede Justiz, jedes Gesetz hat daraus abgeleitet Klassencharakter. Im Volksmund sagt man vereinfacht: „Unsere Leute“- Prinzip. Ein Beispiel:

2003 lud die Friedrich-Ebert-Stiftung (SPD) unter dem Titel

„Das rechte und das linke Auge. Zur juristischen Aufarbeitung von NS-Staat und DDR“

zu einer Veranstaltung ein. In der Einladung heißt es u.a.:

„Sehen wir uns einige Fakten an: Von den annähernd 60.000 Todesurteilen der NS-Zeit (15.000 Todesurteile der deutschen Kriegsgerichte sind hier nicht mitgezählt) ist kein einziges gesühnt worden. Dagegen sind 32 Juristen der DDR wegen Rechtsbeugung verurteilt worden, die meisten von ihnen wegen Verhängung von Freiheitsstrafen. Nach 1990 wurde ein Großteil der DDR-Richter und Staatsanwälte entlassen, während nach 1945 die weitaus meisten NS-Juristen weiter amtieren und ihre Karriere fortsetzen durften – darunter viele, die als Einzelpersonen in der NS-Zeit mehr politisch motivierte Todesurteile zu verantworten hatten, als die gesamte DDR-Justiz (119 Todesurteile) in 40 Jahren.“

Am 03. Oktober 1990 waren die Gesetze der Diktatur des Proletariats in der DDR (einschließlich der Leute, die diese vertreten haben) beendet. Danach herrschten die Gesetze der Diktatur des Kapitals (einschließlich der Leute, die diese vertreten haben).

Daraus resultiert das „unsere Leute“ Prinzip. Richter, Staatsanwälte, Uni-Professoren bis zum kleinsten Abteilungsleiter der DDR waren nicht „ihre Leute“, Stasi-Leute als Oberteufel bekommen Strafrente, Berufsverbote, Verleumdungen in Medien – die politische Wertneutralität der Rente seit Bismarck, nur im Faschismus 1933-1945 ausgesetzt, ist ab 1990 für große Teile ehemaliger DDR-Bürger in der BRD wieder wie in der Nazi-Zeit ausgesetzt. Politische Strafrente oder einfaches Negieren rentenrechtlicher Ansprüche für Hunderttausende ehemaliger DDR-Bürger ist in der BRD ein Normalzustand.

Um Privatisierungen ehemaliger Staatsbetriebe (z.B. Post, Telekom) in der BRD vor 1990 durchzusetzen, werden Milliardensummen in unberechtigte Renten für BRD-Bürger gesteckt. Bis heute noch wird dafür eine Milliarde Euro/Jahr aus Steuergeldern bereitgestellt. Der „Tanz“ um den Bausenator Dr. Holm in Berlin 2016/2017; Eiskunstlauftrainer Ingo Steuer in Chemnitz u.a. gehören alle zu den, sehr oft an den Haaren herbeigezogenen „unsere Leute“ Entscheidungen. „Wir werden sie nicht in Lager sperren, wir stellen sie an den Rand der Gesellschaft“, intonierte Herr Justizminister Klaus Kinkel.

„Unsere Leute“- Entscheidungen des BVG zu KPD-Verbot 1956 und NPD-Urteil 2017, ein Richter am Landgericht Dresden 2017, bleibt trotz seiner AfD-Geschichtstiraden im Richteramt. Hochrangige Hitlerschergen wie Hans-Maria Globke wurden langjährig Staatssekretär 1 ([Globke](#)) im Bundeskanzleramt der BRD. Sein [Bild](#) hängt heute noch im Kanzleramt in der Reihe der Kanzleramtsminister. Die sechs Millionen toten Juden werden sich nicht daran stoßen. Ein Kriegsmarinerichter mit Todesurteilen gegen junge deutsche Soldaten noch Monate nach dem 8. Mai 1945 wurde Ministerpräsident eines Bundeslandes. Es ist simpel und einfach die Frage der Macht, wer „unsere“ und „ihre“ Leute sind. 2 ([SS-Obersturmführer Heinz Barth](#))

3

Auch in der DDR herrschte das „unsere Leute“ Prinzip. Ein Richter des Volksgerichtshofes hätte nicht als Jurist arbeiten können. Er hätte vor Gericht gestanden. Beim MfS kein Reinhard Gehlen als Minister. Er hätte vor Gericht gestanden. Antifaschisten bestimmten hier das „unsere Leute“-Prinzip.

Während in der BRD 80% der Richter ehemalige Mitglieder der NSDAP bis in hohe Positionen des faschistischen Deutschlands waren, wurden in der DDR Volksrichter in Jahreslehrgängen ausgebildet die Mitglieder der KPD, SPD, später der SED waren und zum Teil vor 1945 als Angeklagte vor faschistischen Gerichten standen. Erst nach und nach wurden die Volksrichter von akademisch ausgebildeten Juristen ersetzt. So veränderte sich auch nach und nach die politische Einstellung der Richter und Staatsanwälte in der DDR. In der Situation 1989/1990 wurde das am deutlichsten. Sozialistisches Recht und sozialistische Politik stellten sie sich anders vor als vom Politbüro praktiziert. „Für diese Juristengeneration war der Kapitalismus kein Schreckgespenst. Sie kannten ihn noch nicht und hielten Klassenkampf für eine Erfindung der alten Genossen. Dennoch wollten sie wohl die DDR nicht aufgeben und den Kapitalismus nicht einführen.“; schätzte der bekannte RA Dr. Friedrich Wolff im Rückblick ein. „Die Sieger werden nicht als Befreier erfahren“ schrieb die US-

Amerikanerin Inga Markovits in ihrem Buch „Die Abwicklung“ zu den Ostberliner Juristen.

Ich persönlich bin der Ansicht, dass diese Einschätzung von RA Friedrich Wolff auch auf viele, nach dem März 1990 schnell politisch ausgebooteten Bürgerrechtlern von 1989 zutrifft, wie auch für die Mehrzahl der SED-Mitglieder die bewusst mit zu den Demos 1989 gegangen sind.

Und die Macht im Staat wird nicht unerheblich von der Justiz erhalten. Dafür schafft die Politik die Voraussetzungen. In Deutschland lässt sich z.B. eine kontinuierliche Linie aus dem Heute bis 150 Jahre zurückziehen. An der hundertprozentigen Sehkraft des linken Auges der Justitia Germanica, der einprozentigen Sehkraft ihres rechten Auges hat sich in 150 Jahren nichts verändert. Das zeitweise verlorengegangene Stück Territorium „Sofjetzone / DDR“ ist dabei Schwund von 40 Jahren, den sich die Wiederfinder mit Hilfe der Justiz gewinnbringend bezahlen ließen und die „Abtrünnigen“ ordentlich rechtsbeugend abstrafen. Zum besseren Verständnis heutiger aktueller Ereignisse, der angesprochenen Kontinuität bis zur heutigen Justiz, muss man einen kleinen Abstecher in die Geschichte machen.

Im Mai 1878 schoss Klempnergeselle Hödel auf Kaiser Wilhelm. Folgenlos. Er war einen Monat vorher aus der SPD ausgeschlossen worden. Bismarck nutzte das Attentat um sein Sozialistengesetz im Reichstag einzubringen. Abgelehnt. Kurz darauf schoss ein Dr. Nobiling auf den Kaiser. Leicht verletzt. Reichstag aufgelöst. Der neu gewählte Reichstag akzeptierte am 19. Oktober 1878 das „Sozialistengesetz“. Bismarck am 17. September im Reichstag zum Gesetz:

“Ja, meine Herren, wenn wir in einer solchen Weise unter der Tyrannei einer Gesellschaft von Banditen existieren sollen, dann verliert jede Existenz ihren Wert (Bravo! rechts), und ich hoffe, dass der Reichstag den Regierungen, dem Kaiser ... zur Seite stehen werde!

So wurden Sozialisten schon damals verleumdet. Banditen, Meuchelmörder.

Der Rechtshistoriker Blasius zur Justiz dieser Zeit des Sozialistengesetzes:

Einige Auszüge -

„Die Normen des Rechtsstaates, die auch auf die Fassung des politischen Strafrechts abfärbten, sollten jedoch im Deutschen Reich keine Gewähr für eine Mäßigung des Staates im Umgang mit seinem politischen Gegner bieten.“ ...

„Justiz und Staatsverbrechen müssen im deutschen Kaiserreich von der Unterdrückungsgeschichte der politischen Arbeiterbewegung aus angegangen werden.“ ...

„in den in der Zeit des Sozialistengesetzes geführten politischen Prozessen begegnen wir zweifellos Justizwillkür und Rechtsbeugung ...“

Der Repräsentant der deutschen Justiz im Kaiserreich, Senatspräsident Max Reichert, forderte kurz vor Ausbruch des I.WK:

„Was die Wehrmacht nach draußen ist, muss die Rechtsprechung nach innen sein.“

Berndt Engelmann schreibt in seinem Buch – Die unsichtbare Tradition – zu dieser „Rechtsprechung“:

„Insgesamt wurden im Herbst 1917 von Kriegs- und Zivilgerichten annähernd tausend Männer und Frauen zu mehrjährigen Zuchthaus- und Gefängnisstrafen verurteilt, weil sie für einen baldigen Frieden ohne weiteres Blutvergießen und ohne deutsche Ansprüche auf fremde Gebiete, für ausreichend Nahrung für alle, nicht allein für die Privilegierten, ... demonstriert hatten.“

Die Politik des Kaiserreiches mündete in den I.WK. Er forderte 7.379.000 Menschenleben, darunter 1.796.000 Deutsche.

Ich möchte hier einen Gedanken einfügen. Im Jahre 2020.

Der Kaiser war – im Gegensatz zu Ulbricht und Honecker – kein Diktator suggerieren Schule, Uni und Medien in Deutschland. Das Deutsche Kaiserreich war ein Rechtsstaat. Sozialistengesetze, Kolonialkriege, Völkermord an den Hereros, Erster Weltkrieg, alles ist vergessen. Das Kaiserhaus umgibt bis heute eine Nostalgiewelle. Wenn ein Mitglied dieses Hauses stirbt, wird der Abschied in der Kaiser-Wilhelm Gedächtniskirche zelebriert, und über das Fernsehen nimmt der Deutsche ergriffen Anteil. An der Ostsee auf Usedom badet der Deutsche stolz in den „Kaiserbädern“. An Villen von Usedom's Kaiserbädern prangen elegante Schilder, die die Historie der Häuser und ihrer „jetzt wieder Besitzer“ glorifizieren.

Die politische und personelle Kontinuität der deutschen Justiz vom Kaiserreich in die Weimarer Republik.

Der Kaiser geflohen, Generale, Beamte, Richter, Wirtschaftskapitäne halten die Stellung. Der **„junkerlich-bürgerliche deutsche Imperialismus wandelte sich in den bürgerlich-junkerlichen deutschen Imperialismus.“** (Historiker Ruge)

Sebastian Haffner präziserte zutreffend in seinem Buch mit dem Titel „Der Verrat. 1918/1919 – als Deutschland wurde, wie es ist“:

„Die deutsche Revolution von 1918 war eine sozialdemokratische Revolution, die von sozialdemokratischen Führern niedergeschlagen wurde: ein Vorgang, der in der Weltgeschichte kaum seinesgleichen hat.“ ... er sagt von der SPD ... „In der Bismarckzeit war sie, wenigstens in ihrer Selbsteinschätzung, die Partei der roten Revolution. Zwischen 1890 und 1914 war sie nur noch in Worten revolutionär; heimlich hatte sie begonnen, sich als Bestandteil des Wilhelminischen Deutschlands zu fühlen. Von 1914 an wurde diese Wandlung offenbar.“

Die Justiz der Weimarer Republik bestand weiter aus den vom Sozialistengesetz beseelten Richtern und Staatsanwälten des verflissenen Kaiserreiches. Für sie stand der Feind links. Prozesse gegen des Kaisers Soldaten die mordeten, gegen „unsere Leute“, wollten sie nicht führen. Ohne Wenn und Aber. Das gleiche galt für Militär und Polizei.

Der Feind hatte andere Namen: Luxemburg, Liebknecht, Kommunisten, Sozialisten, Pazifisten. Sie waren die echten Nachfolger der vom Sozialistengesetz zu vernichtenden Gegner. Ihnen gegenüber gibt es kein Pardon. Die juristische Kontinuität, personell und inhaltlich, vom Kaiserreich bis zur Weimarer Republik bleibt erhalten. Ein bürgerlicher Mathematiker mit Gerechtigkeitssinn hat den Nachweis für ihr Sehvermögen des rechten und des linken Auges erbracht.

Der Mann, der es Zahl für Zahl nachwies, hieß Emil Julius Gumbel. Ich habe mit Absicht einen Ausschnitt seines Lebens und seiner politischen Aktivität gewählt, weil er in der BRD nicht zu den „unsere Leute“ gezählt wurde und wird, im Gegenteil, in der DDR aber auch keine entsprechende Würdigung fand. Wir zählten ihn auch nicht zu „unsere Leute“. Sein Einsatz für den Frieden und Gerechtigkeit wären es wert gewesen. Wir sollten uns das merken. Als Lehre.

Ein kurzer Abriss aus Leben und politischem Handeln des Emil Julius Gumbel.

Versetzen wir uns in die Zeit am Anfang der Weimarer Republik, geprägt von bürgerkriegsähnlichen Zuständen in Deutschland.

Sie nennen sich Jungdeutscher Orden, Stammtisch der Drei Gleichen, Bund der Aufrechten und sehen sich als Verteidiger des Deutschtums. Sie beweinen den verlorenen Krieg ... hassen die neue Republik. Sie wollen „Hass säen, Hass, heiligen, unausrottbaren Hass“, Hass gegen Pazifisten, Weltbürger, Juden, Sozialdemokraten und Kommunisten, die Anderen. Skrupel haben sie keine. So heißt es in den Statuten der Terrororganisation Consul ... „Es dürfen nur Männer in die Truppe, die entschlossen sind, keinerlei Hemmung in sich tragen und bedingungslos gehorchen, die brutal genug sind, rücksichtslos durchzugreifen. Wo sie eingesetzt sind ... Kein Verhandeln, sondern Schießen und rücksichtslos Befehlen.“

Die rechten Terroristen stürzten die junge Weimarer Republik in einen wahren Bürgerkrieg. Zu befürchten hatten sie wenig. Selbst im Untergrund werden sie von verlässlichen Komplizen in Armee und Innenministerium mit Informationen versorgt.

Noch besseren Schutz aber bieten ihnen die Strafverfolgungsbehörden, die bereitwillig Verfahren verschleppen, Verdächtige schonen bis sie untergetaucht sind. Ist eine Klage unvermeidbar, dann treffen sie auf den verständnisvollen Respekt einer Richterschaft, die nur in äußersten Notfall verurteilt. Die nationalkonservative Justiz agiert als treue Gehilfin des Terrors.

Der junge Statistiker Emil Julius Gumbel errechnet akribisch vom 09. November 1918 bis 1920 300 politische Morde von rechts, knapp zwei Dutzend von links. Während selbst geständige Rechtsterroristen gute Chancen auf einen Freispruch haben, erwarten die Täter von links im Normalfall 15 Jahre Freiheitsstrafe oder gleich die Hinrichtung.

Gumbel wird 1917 Mitglied der USPD in Verbindung mit Karl Liebknecht und anderen führenden Radikalsozialisten. Er engagiert sich aktiv politisch links ...

Im März 1919 besucht er eine Konferenz des Völkerbundes in Bern; zur selben Zeit erscheint in seiner Berliner Wohnung ein Offizier der Garde-Kavallerie-Schützendivision mit Mannschaft - deren Mitglieder kurz zuvor Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht ermordet haben – um Gumbel als „Schädling“ standrechtlich zu erschießen. Seine Abwesenheit rettet ihn sein Leben.

Gumbel wird 1932 auf Betreiben der Nazis wegen „Unwürdigkeit“ die Lehrerlaubnis entzogen. Er verlässt mit seiner Familie Deutschland und geht als Gastprofessor an die Sorbonne in Paris. Das rettet ein zweites Mal sein Leben. 1933 werden seine Schriften verboten, das wüste Nazi-Pamphlet „Die Juden in Deutschland“ widmet ihm ein ganzes Kapitel. Herausgegeben wird es von dem

promovierten Juristen Eberhard Taubert im Auftrag von Goebbels. Taubert wird nach 1945 noch viele Jahre CSU-Chef Franz Josef Strauß als Berater dienen.

Der Faschismus setzte sich durch. Die Juristen, der Mittelstand, die kleinen Unternehmer, die Beamten und die Militärs leisteten den Nazis keinen Widerstand. Großindustrie und Finanzkapital schafften die Voraussetzungen mit großzügigen „Spenden“ an die NSDAP. Dem Terror der Nazis widersetzten sich vor allem die Arbeiter. In vorderster Front standen dabei die Kommunisten, Sozialdemokraten, Pazifisten.

„1933 und 1934 befassten sich rund 70% der Krefelder Gestapoakten mit Kommunisten.“, schreibt der amerikanische Historiker E.A. Johnson.

Ähnlich war es in allen deutschen Städten.

Ein kurzer Blick zu 2017

In Chemnitz stellt man am Gedenkort „Kaßberggefängnis“ 2017 eine Schautafel auf, wo steht, in der Zeit ab 1933 waren hier in der Mehrzahl Juden inhaftiert. Da lernt der Schüler - in Chemnitz gab es keine Kommunisten, Pazifisten und Sozialdemokraten die gegen den Faschismus kämpften. In Praxi kann man die Zahl der in dieser Zeit im Kaßberggefängnis inhaftierten Juden vergessen, gegenüber der inhaftierten Zahl der weltanschaulich anders Denkenden als die Faschisten. Einen Einblick und Ausblick bis heute zu dieser Zeit gibt eine [Ausarbeitung des Freundeskreises Neue Zeit Geschichte Chemnitz](#) in Zusammenarbeit mit VVN / BdA.

Aber dann – ab 1945 „wüteten“ im Kaßberggefängnis Russen und dann die STASI. Die Schautafel schwelgt in großen Worten. Freikauf, Freikauf, Freikauf ... Das lernt der Schüler – gegen die Stasi waren Nationalsozialisten ein Jungmännergesangsverein, der BND und der Verfassungsschutz eine Heilsarmee. Aus meiner Sicht ein beschämender Vorgang damals für beide deutsche Staaten. Heute für die BRD, denn es wird ausgeblendet, dass zu einem „Handel“ immer zwei gehören. Das MfS hatte mit dem Vorgang soviel zu tun, wie die Reinigungskraft von Straßenbahnen mit der Gesamtorganisation des Nahverkehrs einer Großstadt.

Auch nach 30 Jahren Deutschland einig Vaterland gilt:

Der Makel, dem Geheimdienst seines Vaterlandes angehört oder ihn unterstützt zu haben, verjährt für einen DDR-Bürger nie, obwohl er sich damit ein Recht genommen hat, was die Staatsbürger aller Nationen der Welt besitzen und was ihnen das deutsche Recht sogar zugestehen muss. Seine Ausgrenzung aus dem gesellschaftlichen Leben gilt lebenslänglich. Wo sind die Juristen, die hier nach der rechtsstaatlichen Substanz fragen? Diese endlose Verweigerung von rechtsstaatlicher Lauterkeit trägt das Gesicht der Barbarei.

Ein nach 1990 in Chemnitz an die TU zugereister Juraprofessor Jesse, 2016/17 Gutachter für das BVG in Sachen Verbot der NPD, schreibt zu Nazi-Zeit/ DDR-Zeit:

„Die Verbrechen im Dritten Reich richteten sich in erster Linie gegen andere Völker, die in der DDR gegen die eigene Bevölkerung, deren Freiheiten die politische Führung in den unterschiedlichsten Varianten beschnitt.“

Gehörten denn die 200.000 Deutschen die den faschistischen Terror von 1933 - 1945 zum Opfer fielen, die vier Millionen gefallenen Deutschen im II. WK, die Millionen vergasteten deutschen Juden, die 410.000 deutschen Luftkriegsopfer nicht zur deutschen Bevölkerung?

Unklar bleibt, ohne dass jemand nachfragt, warum Herr Prof. Jesse diese Millionen Deutschen nicht zur deutschen Bevölkerung zählt.

Die von Prof. Jesse vorgenommene, in fast allen Medien unwidersprochene Gleichsetzung der Verbrechen des Dritten Reiches mit der DDR-Zeit führt für mich zu dem Schluss:

Die Bewältigung der NS-Vergangenheit ist, sehr zurückhaltend ausgedrückt, in der politischen Führungselite der bundesdeutschen Gesellschaft und damit auch im Fußvolk, noch nicht so ganz geglückt.

Im Resümee: für die Augen der Justiz von Kaiserreich, Weimarer Republik, Drittes Reich sagt die Diagnose gleiches aus:

Politische Justiz in Deutschland von 1871 bis 1945 bedeutete immer Justiz von rechts gegen links, immer die Verfolgung von Demokraten, Sozialisten, Kommunisten, Pazifisten zur Aufrechterhaltung der Privilegien der Reichen.

Um Reichtum im Jahre 2017 zu definieren, Reichtum der auch entscheidender politischer Einflussnahme entspricht, gehe ich von einer untersten Jahresdividende pro Familie der herrschenden Klasse ab 200 Millionen Euro /

Jahr aus. Spitzen, wie die Familien Quandt, Klatten u.a. liegen bei einer Milliarde 74 Millionen Euro Jahresdividende (Zahl von 2016).

Erstmalig 1945, mit der Zerschlagung des Hitlersystems, wird dies – vorübergehend – anders.

Die Justiz der Siegermächte richtete sich kurzzeitig nach rechts. Verdächtige Deutsche mit Nazi-Hintergrund wurden interniert. 200.000 in Internierungslagern der Westmächte, davon 100.000 in der amerikanischen Zone, 122.000 in der SBZ. Hier ist noch ein kleiner Verweis notwendig zu den von westalliierten Geheimdiensten, dem Vatikan, des Vereins für das Deutschtum im Ausland u.a. geschaffenen Rattenlinien für ausgesuchte deutsche Nazi-und Kriegsverbrecher und internationale Kollaborateure der Nazis. Ich verweise auf die Bücher „**Deutschtum Erwache**“ und „**ODESSA**“.

Aus Sicht 2020 gehörten zu diesen Rattenliniennutzern die Großeltern der heute in Kroatien, dem Baltikum, der Ukraine agierenden faschistischen Strukturen an den Schalthebeln dieser Staaten. (Beispiel Rentenzahlungen der BRD an europäische Kollaborateure 1939-1945 mit den Nazis.)

Bis Ende 1948 wurde von den westlichen Alliierten die Entnazifizierung als ihre Aufgabe abgeschlossen und 1949 an die von den Siegermächten neu geschaffenen deutschen Staaten die noch verbliebenen Inhaftierten in den Internierungslagern ihrer Zonen übergeben.

Eine weltpolitische, imperiale Richtungsbestimmung ab 1946/1947 muss man allerdings hier einfügen. Ohne sie ist eine Betrachtung langfristiger, weltweiter politischer Vorgänge, damit auch reflektierend auf die Justiz nicht möglich. In diesen Vorgang ist Deutschland, der Kriegsverlierer, als neuer Vasall der USA eingebettet. Churchills „Eiserne Vorhang“ Rede und Dulles Zielsetzung für den neu geschaffenen transatlantischen Kreis in der Weltpolitik, den die USA bis heute unbeirrt durchzieht, legen die Handlungsparameter fest. Die transatlantische Oligarchie, jenseits und diesseits des Atlantik, hat ihre Lektion gelernt und setzt sie bis heute gezielt um. Die wirtschaftliche Macht der USA hatte den Höchststand in dieser Zeit erreicht. Ihre Weltherrschaftsambitionen untermauert sie mit Hiroshima und Nagasaki. Die transatlantischen Organisationen in Federführung der USA schaffen sich ihre „Einflussagenten“ im gesamten europäischen Raum. Zusammengefasst aus o.g. Reden und anderen Meinungsäußerungen dieser Zeit kann man ihre Zielstellung formulieren:

... Wir werden alles einsetzen was wir haben: das Gold, die ganze materielle Macht und die Verdummung und Irreführung der Menschen! Das menschliche Gehirn, das Bewusstsein der Menschen ist veränderbar. Nachdem wir dort Chaos gesät haben, werden wir unmerklich ihre Werte gegen falsche austauschen, und wir werden sie zwingen, an diese falschen Werte zu glauben. (...) Die Literatur, das Theater, das Kino – alles das wird die plattesten menschlichen Gefühle darstellen und verherrlichen (...) den Kult des Sexes, der Gewalt, des Sadismus, des Verrates in das menschliche Bewusstsein einpflanzen und einbläuen – mit einem Wort jegliche Sittenlosigkeit. In der Verwaltung des Staates werden wir Chaos und Durcheinander erzeugen (...) zum Eigensinn der Beamten, zum Aufblühen von Korruption und Prinzipienlosigkeit beitragen. Ehrlichkeit und Anständigkeit werden ausgelacht und niemand wird sich mehr in ein Überbleibsel der Vergangenheit verwandeln wollen. (...) Grobheit, Frechheit, Lüge und Betrug, Trunksucht und Rauschgiftsucht, tierische Angst vor Freund und Feind, Rücksichtslosigkeit und Verrat, Nationalismus und Feindschaft der Völker – und vor allem die Feindschaft und den Hass auf das russische Volk – das alles werden wir geschickt und unmerklich kultivieren, das alles wird die Grundfärbung der Gesellschaft bestimmen. (...) Wir werden die geistigen Wurzeln ausreißen, die Grundlagen der Volksmoral zerstören und sie ihres echten Inhaltes berauben. (...) werden wir Generation um Generation ins Wanken bringen (...) denn unser Hauptaugenmerk werden wir immer auf die Jugend legen – wir werden sie zerlegen, verführen, und sie moralisch verderben. Wir werden aus ihnen Zyniker, Primitivlinge, und Kosmopoliten machen. (...) Und nur wenige, sehr wenige werden erraten oder gar verstehen, was da vor sich geht. Diejenigen wenigen werden wir in eine hilflose Lage bringen ... sie in eine Zielscheibe des Spotts verwandeln, sie verleumden und sie zum Abfall der Gesellschaft erklären.“

Prüfen Sie diese Fakten in ihrer Entwicklung und heutigen Ausprägung praktisch nach. ARD und ZDF liefert täglich Beispiele.

Ein Beispiel:

„Wir haben die UdSSR zerstört, und wir werden auch Russland zerstören. ... Wir werden die Russen zwingen, zu den Waffen zu greifen.“

(Mitt Romney September 2012 Wahlrede als Präsidentschaftskandidat)

Mit der Bildung des Staates BRD 1949 wurde der Weg für den Rückstrom von Beamten und Angestellten in ihr Dienstverhältnis, aus dem sie im Zuge der frühen Säuberungsmaßnahmen hatten ausscheiden müssen, wieder frei. Ab Mitte der fünfziger Jahre beherrschten die ehemaligen Nazi-Beamten, einschließlich der Justiz, die gesamte Verwaltung der BRD, woraus eine starke politische Einflussnahme resultierte. Eine detaillierte Namensnennung hochrangiger Nazis mit Arbeitsstelle bis 1945 und nach 1949 in der BRD gibt das **„Braunbuch“ edition ost**; Hrsg. Dr. Norbert Podewin als Reprint der Originalausgabe. Als es der Weltpresse am 02. Juli 1965 in der Hauptstadt der DDR Berlin vorgestellt wurde, schrieb die Nachrichtenagentur dpa:

„Ein Braunbuch mit den Namen von über 1.800 angeblich schwer belasteten Nazi-Funktionären und Kriegsverbrechern, die sich heute in entscheidenden Stellungen in der Bundesrepublik befinden sollen (...) In dem 340 Seiten umfassenden Buch wird behauptet, 15 Minister und Staatssekretäre in der BRD, 100 Generale und Admirale der Bundeswehr, 828 hohe Justizbeamte, Staatsanwälte und Richter sowie 245 leitende Beamte des Auswärtigen Amtes, der Botschaften und Konsulate der BRD und 297 hohe Beamte der Polizei und des Verfassungsschutzes seien – Stützen der Hitlerdiktatur, Wegbereiter und Nutznießer der Judenverfolgung oder überführte Mörder von Antifaschisten – gewesen.“

Das 1965 im Braunbuch geschriebene hat sich voll bewahrheitet. Das „angeblich“ von dpa, damals dem „Kalten Krieg“ geschuldet, kann man heute getrost weglassen.

Daraus resultiert, dass die Politik der BRD als Voraussetzung Gesetze verabschiedete, die den ehemaligen Nazi-Juristen die Handhabe gab, angeklagte Freunde und Blutsbrüder „unsere Leute“, gleich was sie getan haben, frei zu sprechen oder geringfügig zu bestrafen.

Ein Beispiel:

Am 30. Juni 1956 wurde das 1. Gesetz zur Aufhebung des Besatzungsrechts beschlossen, mit dem u.a. alle alliierten Gesetze zur Bestrafung von Verbrechen gegen die Menschlichkeit außer Kraft gesetzt wurden. Inhaltlich bedeutete das, dass alle NS-Verbrechen, außer Mord, mit diesem Gesetz 1960 verjährt waren. Es war üblich, dass BRD-Gerichte bei NS-Verbrechen in Fragen Mord diesen nur selten als erwiesen ansahen. Ingo Müller schreibt in seinem Buch „Furchtbare Juristen“ (München 1987) dazu:

„So fragwürdig die verschiedenen Mordmerkmale des § 211 sein mögen, manchmal war doch eines ganz offensichtlich gegeben und nötigte die Gerichte zu erheblichen argumentativen Verrenkungen. Die 6.652 Tötungen zum Beispiel, die dem Euthanasiearzt, SS-Obersturmführer der Reserve und Mitglied der Leibstandarte Adolf Hitler, Dr. med. Borm nachgewiesen worden waren, nannte das Landgericht Frankfurt/Main im Jahr 1970 zwar heimtückisch und niederträchtig es sprach den Massenmörder aber gleichwohl frei. (...) Der Bundesgerichtshof bestätigte am 20. März 1974 den Freispruch, da dem SS-Obersturmführer angeblich nicht zu widerlegen war, dass er bei dem Massenmord hauptsächlich an einen Akt der Barmherzigkeit gedacht habe.“

Das gleiche politische Denken, das gleiche Freund-Feindbild, das gleiche Kastendenken von 1871 bis heute in der bundesdeutschen Justiz.

Von den abgewickelten Nazi-Beamten 1945 war der Letzte spätestens Mitte der fünfziger Jahre in der BRD wieder in Amt und Würden, wobei die Wiedereinstellung auch unter falschen Namen nicht außergewöhnlich war. Besonders bei BND und Verfassungsschutz. Man musste ja international noch etwas Rücksicht nehmen.

Von den abgewickelten Lehrern, Richtern, Staatsanwälten, Staatsangestellten, Diplomaten der DDR nach 1990 wurde keiner wieder eingestellt. Ob 10, 15, 26 Jahre nach 1990 werden ehemalige DDR-Bürger die DDR-Staatsorganen z.B. als Sportfunktionäre oder an anderer Stelle gedient haben gegauckt, medial in die Luft geschleudert, jeder Weg zu gesellschaftlicher Mitarbeit abrupt abgebrochen. Die Macht sagt hinter vorgehaltener Hand: sind nicht „unsere Leute“; „haben zu viel Ahnung von der Sache, schmälern den Profit“; siehe abgeschmetterten Dr. Holm als Baustaatssekretär Land Berlin 2016.

Bei der Verfolgung sogenannten SED-Unrechts gab es über 100.000 Beschuldigte. Davon wurden 300 verurteilt. Zu dieser Zahl zählen auch Geldstrafen, Bewährung, Verwarnung, Gefängnisstrafen für Politbüromitglieder, Grenzsoldaten, MfS-Angehörige. Trotz erheblicher Anstrengungen der Juristen um Generalstaatsanwalt Schaefgen lag die Prozentzahl der Verurteilten bei 0,3%. Die konkreten Ergebnisse können Sie dem Bericht von Generalstaatsanwalt Schaefgen an den Bundestag entnehmen oder ... (**Buch: Einigkeit und Recht / Die DDR und die deutsche Justiz / Friedrich Wolff edition ost**).

Betrachtet man den Aufriss der Medien über die „Verbrechen“ der SED und des MfS in der DDR und dem konkret Ermittelten durch die sicher vor keiner kleinsten Verurteilungsmöglichkeit zurückschreckenden bundesdeutschen Justiz, sind die erzielten 0,3% Ausbeute aus über 100.000 Beschuldigten, schweigen wir. Auf die Zahl der MfS-Mitarbeiter die verurteilt wurden kommen noch zurück.

Über die Zahl der Suizide durch öffentliche Vorverurteilungen, regelrechte mediale Hetzjagden, wird keine Statistik geführt. Es gilt auch hier: der Feind steht links. Keine Gnade. Damit darf kein Ende sein. Die „Vergangenheit DDR“ muss bewältigt werden, jeder freundliche Gedanke an Sozialismus erstickt werden, koste es, was es wolle. Sie nehmen den Satz von Peter Hacks ernst – Das Beste an der DDR war, dass es sie gab. Das darf nicht sein.

Vor Beginn des Waldheim-Prozesses sprang das Ehepaar Otto und Martha Fuchs gemeinschaftlich vom Hochhaus in den Tod. Otto Fuchs schrieb in einem Abschiedsbrief an seinen Anwalt:

„Ich versichere Ihnen, dass wir in meiner Strafkammer nur Kriegsverbrecher verurteilt haben und bin mir sicher, dass wir uns über kein Urteil schämen müssen. Alle Zeichen deuten aber darauf hin, alles ins Gegenteil zu verkehren und in einem Schauprozess mich zum Verbrecher zu stempeln. Ich glaubte auch diesen Vorwürfen widerstehen, sie entkräften zu können. Leider habe ich feststellen müssen, dass ich sowohl körperlich als auch geistig diesen Anforderungen nicht mehr gewachsen bin. Ich muss auch die gesamte Situation berücksichtigen, wie sie sich in der Presse widerspiegelt, in der eine Vorverurteilung schon vorprogrammiert ist. Heute, nach einer langen Periode der Naziverbrechen, fühlen sich doch alle – und sind sie auch noch so schwer belastet – als völlig unschuldige Menschen. Die Verdrängung ging und geht ja so weit, dass Auschwitz als Lüge hingestellt wird.“

Zusammen mit Otto Fuchs wurde auch der 87-jährige Otto Jürgens, 1933 von der Gestapo verhaftet und gefoltert, angeklagt und zu zwei Jahren Haft auf Bewährung, 6.000 DM Geldstrafe und tragen der Verfahrenskosten bis 70.000 DM verurteilt

Deswegen sahen und sehen Gerichte, Staatsanwälte und Gesetzgeber der BRD alles ganz anders bei Nazi-Leuten, anders als wenn es darum geht die „DDR-Vergangenheit“ zu bewältigen. Sehkraft links 100%; Sehkraft rechts 1%.

Nichts verjährte in der „DDR Vergangenheit“, die Verjährungsfristen werden ständig verlängert, das Rückwirkungsverbot spielte keine Rolle, Amnestie

kommt nicht in Betracht, grundsätzlich handelten alle vorsätzlich – bei den 300 Urteilen gegen DDR-Bürger hört die Gleichsetzung Drittes Reich / DDR allerdings auf. Hier ist sie im Wege. Setzt man hier diese Gleichsetzung an, könnte man nicht mal die 300 Urteile die es nach 1990 gegen DDR-Bürger gab durchziehen, sondern müsste Haftentschädigung zahlen.

Die Politik hat die gesetzlichen Voraussetzungen geschaffen, die Justiz hat auftragsgemäß die Kommunisten in der BRD aus dem politischen Spektrum bis 1960 liquidiert. Sie wurden als organisierte Kraft unbedeutend. Der Weg ist einfach und wird deshalb heute noch besser verdeckt zur „Vergangenheitsbewältigung DDR “ genutzt:

Arbeit und Verdienst - oder eine politische Meinung. Du kannst dich entscheiden.

Für hunderttausende Ostdeutsche gibt es auch diese Entscheidung nicht. Sie waren zu „staatsnah“ in der DDR.

Die 68er Bewegung wurde vom Establishment eingekauft. Ein gutes Beispiel ist Josef Fischer. Die Karriere des lieben „Joschka“ begann mit Molotow-Cocktails, zum Turnschuhminister, zum Vizekanzler, Außenminister der BRD und 1999 ... [\(s. Bild\)](#)). Heute ein neoliberaler Scharfmacher und Kriegstreiber. Einflussagent der USA ist treffend.

Der Antikommunismus als politische Sichtweise wurde in großen Teilen der BRD- Bevölkerung zu einer bestimmenden Größe unter Nutzung noch vorhandener Nazi-Ideologie entwickelt. Die Konsumenten der Boulevardblätter und folgend auch in den „seriösen Zeitungen“ wie Spiegel, FAZ, SZ, WELT, ARD, ZDF wurden zu einem verzerrten DDR-Bild erzogen. Die „rot lackierten Nazis“ – nach dem Sozialdemokraten Schumacher - waren nicht anders als die Braunen. Nationalsozialismus war wie Sozialismus. Alles das Gleiche. Politische Unkenntnis und Unbildung wurden Standard, waren weit verbreitet und sind es heute noch ausgeprägter. Es machte auch nicht vor Journalisten, Juristen, Historikern, akademisch gebildeten Menschen halt.

Darauf basiert auch die seit 1990 stattfindende „Vergangenheitsbewältigung der DDR“ und ihre „juristische Aufarbeitung“.

Ein kluger Mensch formulierte einmal sinngemäß: **Einen vergangenen Staat zu verdammen ist einfach. Aber zu fragen was hat er gewollt, aus welchen historischen Bedingungen heraus, worin bestand sein Anliegen für die**

Menschen, was hat er falsch, was richtig gemacht, was können wir für uns nutzen, das erfordert Unvoreingenommenheit im Blick auf diesen Staat und politische Bildung.

Davon kann in den Jahren 1990 bis heute nicht die Rede sein.

Ein Beispiel:

Im Juli 1991 schrieb der Chefredakteur der Zeitung „DIE WELT“, Enno von Loewensterns:

**„Was aber die sogenannte DDR und deren Regierung betrifft, so handelt es sich dort nicht einmal um einen eigenständigen Staat; diese sogenannte DDR ist niemals von uns staatsrechtlich anerkannt worden. Es gab ein einheitliches Deutschland, von dem ein gewisser Teil von einer Verbrecherbande besetzt war. Es war aus bestimmten Gründen nicht möglich, gegen diese Verbrecherbande vorzugehen, aber das ändert nichts daran, dass es ein einheitliches Deutschland war, dass selbstverständlich ein einheitliches deutsches Recht dort galt und auf die Verbrecherbande wartete und das Salzgitter sozusagen das Symbol des Sachverhalts war.“ (... er ergänzte)
„Natürlich ist der tausendfache Mord des Herrn Honecker eine andere Dimension als der einfache Mord eines Raubmörders auf irgendeiner Bonner oder Lübecker Strasse.“**

16

Die Juristen hatten und haben dieses DDR-Bild mehr oder weniger ebenfalls verinnerlicht. Wie ihre Vorgänger im Amt in der Weimarer Republik das alte Sozialistengesetz.

Auf einer Konferenz der Staatsrechtslehrer dozierte Herr Martin Kriele:

„Jedenfalls gibt es keinen Grund, die DDR Verbrecher nach anderen Prinzipien zu behandeln als die Nazi-Verbrecher. Es gibt zwar allerlei trübe – und zum Teil auch respektable – Motive, mit Mördern und Folterern aus der DDR anders zu verfahren als mit solchen aus der Nazizeit, aber es gibt keinen sachlich rechtfertigenden Grund dafür.“

Donnerwetter, da bist du platt. Gegenüber den braunen Verbrechern wurden beide Augen zugedrückt, Mörder wurde amnestiert, begnadigt und freigesprochen. Gegenüber den DDR-Beschuldigten wurden die gewagtesten Rechtskonstruktionen erdacht, um sie zu verurteilen.

Auf einer Tagung der Evangelischen Akademie Berlin-Brandenburg referierte der Historiker J. Friedrich:

„... die DDR war ein KZ und die Grenzsoldaten lebende Schießautomaten und SS-Schützen“

Wo Wissenschaftler derartige Parallelen wagen können, muss der allgemeine politische Bildungsstand beschämend sein.

Der Direktor des Instituts für Zeitgeschichte, Horst Möller, München schrieb 1994:

„Die NS-Diktatur hat etwas mehr als eine halbe Million Menschen ins Exil getrieben – zweifellos eine Menschenrechtsverletzung extremen Ausmaßes. Aus vergleichbaren Motiven der Verfolgung haben in den Jahren von 1949 bis 1961 fast 2,7 Millionen Menschen die DDR verlassen und sind geflüchtet.“

So kann man Geschichte auch darstellen. Flüchtlinge vor der KZ-Einlieferung und sicherem Gastod ist gleich Ausreisende von Deutschland nach Deutschland. Die Mehrzahl derer, die in dieser Zeit die DDR verlassen haben, waren Flüchtlinge mit vorhandener Nazi-Ideologie, verbunden mit eingebleuten, angstmachenden oder hasserfüllten Antikommunismus mit keinem Verständnis für die sich anbahnenden Veränderungen, aber auch Maßnahmen der DDR, die kein Verständnis förderten für die erforderlichen Veränderungen.

Aus meiner Lebenserfahrung würde ich sagen in der Mehrzahl Wirtschaftsflüchtlinge, die konsumieren und Südfrüchte wollten, einfach ohne Mangel nach diesem scheiß Krieg besser leben wollten. Arbeiten muss ich überall, der Belästigung sich mit Politik zu befassen wie im Osten, immer persönlich hingestellt mit schuld zu sein an dem Krieg, geh ich außerdem damit aus dem Weg. Die Ursachen für den gezielt von den USA geschaffenen Wohlstandsunterschied zwischen Ost und West interessierten Otto Normalverbraucher nicht. Das weiß auch der Geschichtspräsident. Darum zieht seine Darstellung.

Marshallplan (15 Milliarden\$), Zustimmung der USA zum Waschen des deutschen Nazigoldes (eines mehrfachen Wertes des Marshallplans) in Südamerika, fast keine Reparationszahlungen (zwei Milliarden DM; dagegen die DDR 92 Milliarden DM) der BRD, Wohlstand auf Kosten der Menschen in der Dritten Welt. Damit ließ sich leben. Man taufte es Wirtschaftswunder. Hatte allerdings mit Wunder wenig zu tun, war dem auf Hochtouren laufendem „Kalten Krieg“ geschuldet. Man brauchte die deutschen Antikommunisten mit ihren Erfahrungen als Bollwerk in Europa gegen die „kriegstreibenden Russen“.

Die DDR bekam nichts. Null. Von wem auch? Sie hatte keine erfahrenen Antikommunisten zu bieten, nur „SPD-Verräter“ wie Grotewohl. Aber sie zahlte 92 Milliarden DM Reparationskosten bis 1953 an die Sowjetunion für ganz Deutschland. Dafür hätten ihre Bürger 1990 772 Milliarden DM Lastenausgleich von der BRD bekommen müssen. Schließlich haben nicht nur die 18 Millionen Ostdeutschen den II.WK verloren. Das ging aber gar nicht. Wie mit der Rente. Diese Sofjetzonentraumtänzer haben auch nicht gearbeitet. Sollen erst mal arbeiten lernen. Wir mussten uns alles hart erarbeiten. Dieses, in 40 Jahren intensiver Medienarbeit verfestigte Muster, sitzt in den Köpfen der BRD-Bürger fest, wird gestärkt und genutzt.

Ganz kurz anno 2020 einblenden

Nach 30 Jahren „Deutscher Einheit“ verdient ein Brauereiarbeiter in Plauen 400 Euro/Monat weniger als sein Kollege 20 km weiter in Hof. In Auerbach/Vogtland verdiente ein Arbeiter/Angestellter bei Unilever (vor 1990 VEB Suppina) 400-700 Euro/Monat weniger als seine Kollegen jenseits des früheren „Eisernen Vorhanges“. Eine Glanzleistung von Politik und Medien der BRD ist die „Ruhigstellung“ der OSSIS in 30 Jahren zu diesen Unterschieden. Nicht umsonst haben die „Kolonialbeamten“ ihre Buschzulage bekommen. Die STASI-Keule schmetterte, zersplitterte jegliches Aufbegehren von „Meckerern“ zur Unkenntlichkeit. Selbst Hungerstreik half den Kali-Kumpeln nicht. Die Krone der „Freiheitskämpfer“ von 1989/90 ist zwischenzeitlich verbeamtet. Sie nahmen sich die „Freiheit“ ihren erreichten sozialen „Status“ nicht durch ein Geschwätz von „Gerechtigkeit“ zu gefährden, geschweige an ihr „Friedensgestammel“ aus DDR-Zeiten zu erinnern. Ihr Beschäftigungsfeld ist die „Leiche DDR“. Sie kann sich nicht wehren. Diese komfortable Lage muss man langfristig sichern!

Um nicht falsch verstanden zu werden – ich habe nur die äußeren gegebenen Umstände beispielhaft angesagt. Die Führungsversäumnisse im sozialistischen Lager sind die anderen Umstände. Ein eigenes Thema.

Die Augen der politischen Justiz zur Bewältigung der „DDR-Vergangenheit“ waren von Anbeginn als Fortsetzung der Justiz gegen die Kommunisten in der BRD zu sehen. Das , was die DDR verkörpert hatte und noch verkörpert in den Köpfen vieler Menschen, steht als drohendes Gespenst wie zu Zeiten des Kommunistischen Manifest vor dem geistigen Auge des Establishments. Für sie war das Problem mit dem Anschluss nicht gelöst. Waren die Kommunisten vor 1990 hinter der Mauer, waren sie jetzt im Lande. So mussten die gleichen

Aufgaben wie bei Bismarck, Weimarer Republik, Hitler, Adenauer auch weiterhin gelöst werden:

Die Sozialisten, Kommunisten, Gleichheitsapostel, Pazifisten müssen im Schach gehalten werden. Darum muss die DDR „delegitimiert“ und jede positive Erinnerung an sie getilgt werden.

Richten wir die Augen der politischen Justiz auf die in den Medien am meisten genannte Tätergruppe – die MfS-Straftaten. Hier müsste nun das zu finden sein, was Presse, Rundfunk, Fernsehen und Bücher über diese Tätergruppe berichtet.

Also die „zwischen mehreren hundert und annähernd tausend“ Verschleppungen, die von Agenten der STASI nach Schilderungen von Fricke verübt worden waren, oder die Täter, die Timo Zilli 1970 im MfS-Gefängnis in Pankow bis zur Bewusstlosigkeit schlugen, oder diejenigen Stasiuntäter, die es nach Kunze „für opportun betrachteten, Häftlinge in Eis- und Wasserzellen zu sperren, ihnen Psychopharmaka zu verabreichen ...

Oscar prämierte Filme wie „Das Leben der Anderen“ zu hundert Prozent fiktiv, „Die Frau vom Checkpoint Charlie“ zu neunzig Prozent fiktiv, die Hauptfigur hat es gegeben, nur nicht so wie dargestellt - dämonisieren die DDR. Seit 30 Jahren vergeht kein Fernsehtag ohne Hiebe auf die STASI. Eine Zeitung die auf sich hält, liefert vierteljährlich eine größere Story zur STASI. In der Regel ungeprüfte Stoffe wie die „Freie Presse“ in unserem Lesebereich, die dann zu einer lendenlahmen Verurteilung durch den Deutschen Presserat führt, weil die „Recherche“ gottesjämmerlich ist und Geplapper von sogenannten „Zeitzeugen“ ungeprüft in Druckerschwärze verwandelt wird. Mehr passiert dem Schreiberling nicht. Doch, das mitleidige Lächeln dieser „Journalisten“, du kleine Arschkarte, hast du es immer noch nicht satt dich mit uns anzulegen?

Was ist von den Märchenerzählungen zur STASI im Auge der sicher strengen und nicht zimperlichen politischen Justiz nach zehn Jahren Untersuchung übrig geblieben?

In der **Freien Presse Chemnitz** vom 07.11.2020 Seite 32 wurde an Onkel Max die Frage gestellt – [Blieben Stasi-Spitzel straffrei?](#)

„... und MfS-Mitarbeiter haben sich in großem Umfang strafbarer Methoden bedient. Das ist breiter Konsens.“ Schreibt Onkel Max in seiner Einleitung. Dann kommt **das Fazit**. Von 91.000 Mitarbeitern des MfS musste nach über zehn Jahren intensiver, akribischer Arbeit von Polizei, Staatsanwaltschaften,

Gerichten „**Nur ein MfS-Offizier sowie zwei IM (Inoffizielle Mitarbeiter) mussten eine Haftstrafe antreten.**“ Soviel zum **Konsens**, zum Verhältnis von 91.000 zu 1; von 110.000 zu 2 ! Dass die bundesdeutsche Justiz mit dem linken Auge schludert wäre sensationell aber unglaubwürdig. Wie soll man aber auch z.B. die gleiche „**Postkontrolle**“ in der BRD wie DDR durch die „Dienste“ ahnden? Unterschlagen hat man die über 250 MfS-Kundschafter in NATO, Pentagon, BRD im BND, Verfassungsschutz, Polizei ... die gnadenlos mit hohen Haftstrafen verurteilt wurden. Menschen, die Wesentliches geleistet haben, dass der Kalte Krieg nicht zum Heißen Krieg wurde. Ihre Informationen haben Entscheidungen beeinflusst, die einen Krieg „aus Unwissen“ mehr als einmal verhinderten. Sie haben den Verrat von Gorbatschow an den Menschen im Warschauer Vertrag mit vielen Jahren ihres Lebens bezahlt.

Danke an die **Freie Presse** für diesen Beitrag. Er ist für die letzten 30 Jahre „journalistische Berichterstattung“ über das MfS eine **kleine Sensation**.

Auch mit diesen Zahlen kann man die allenthalben verbreitete, unausrottbare Auffassung über Folter in der DDR und „flächendeckende Gewalttaten, Überwachung“ des MfS nicht überwinden. Eine reale Einordnung darf sich nicht durchsetzen. Wo sollen wir mit den dann arbeitslosen Mediendarstellern/Schreibern hin. So viele können nicht Bundespräsident/Landesbeauftragter/Abgeordneter ... werden.

Die akribische, über zehn Jahre währende Arbeit von Polizei, Staatsanwaltschaften und Gerichten erbrachte den rechtskräftigen Nachweis, dass die Vorwürfe gegen das MfS unberechtigt sind. Die Kollektivverfolgung seiner Mitarbeiter in der Öffentlichkeit, die immense Kürzung ihrer Rentenansprüche, ihre politische Entrechtung und ihre arbeitsrechtliche Benachteiligung sind folglich nicht gerechtfertigt.

Prüfen wir die Sehkraft des rechten Auges der Justiz der BRD bei anderen Zahlen – 106 Berufsrichter und 179 Staatsanwälte des Volksgerichtshofes im Dritten Reich hatten 5.243 politische Todesurteile gefällt. Keiner von ihnen wurde in der BRD von einem Gericht verurteilt. Blind. Blind auf dem rechten Auge.

Ein Karikaturist hat diese Blindheit ins Bild gesetzt:

Im Hintergrund des Bildes sitzen drei Richter in Robe zu Gericht über die „DDR-Vergangenheit“. Auf den Zuschauerbänken weit hinten schauen sich zwei fragend an: Warum wurde eigentlich nie ein Nazirichter verurteilt? Weil unsere

Justiz 40 Jahre lang vollauf damit zu tun hatte, den Mielke Prozess vorzubereiten!

Deutlicher kann Klassenjustiz nicht sein, auch wenn sich das Umfeld verändert hat.

Die untere Klasse ist wehrloser, geduldiger, unpolitischer, in ihr Schicksal ergebener, wenn auch immer noch wohlhabender als je zuvor in den letzten 200 Jahren. Sie glauben ihren Herrschern, dass es keine Alternative gibt. Sie durchschauen, mediengesteuert, die Politik und ihre Justiz nicht. Sie glauben an Demokratie und Rechtsstaat. Die Saat der US-Zielstellung von 1945/46 ist jetzt in ganz Deutschland aufgegangen.

Es bleibt bestehen: **„Pressefreiheit ist die Freiheit von zweihundert reichen Leuten, ihre Meinung zu verbreiten.“**

Die „Überwindung“ der DDR, der Untergang des europäischen sozialistischen Lagers, bewirkte, dass wir in vieler Beziehung wieder da stehen, wo das Jahr 1932 hieß. Nur sind wir in unserer Klasse noch richtungs- und wehrloser als damals.

Das zu verändern ist unsere Aufgabe. Erschrecken wir nicht. **Es gibt nichts Gutes – außer man tut es.**

